Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner  Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 10. März 1881. Nr. 116.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 9. März.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Böttlicher, Graf Bassewitz, Bitter, Scholz und einige Kommissarien.

Eingegangen ist der Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung (Herbeiführung zweijähriger Budgets und vierjähriger Legislatur-Perioden) in Verbindung mit den Antrage Rickert, Fertigstellung des Etatsgesetzes für das Reich vor den Etatsgesetzen der Einzelstaaten.

Abg. v. Lerchenfeld erklärt sich für Beibehaltung der einjährigen Budgetperioden. Es sei unmöglich, die Einnahmen für einen längeren Zeitraum im Voraus festzustellen; es würde daraus für unsere Finanzverwaltung die größte Verwirrung entstehen. Dagegen erklärt Redner sich für die Verlängerung der Legislaturperioden. In dieser Beziehung ist er der Ansicht, daß die Nachtheile, welche die dreijährigen Legislaturperioden im Gefolge haben, durch die Vortheile, welche längere Perioden in Aussicht stellen, weit überwogen werden.

Unterstaatssekretär Scholz tritt der Besorgniß entgegen, als ob durch die Einführung zweijähriger Budgetperioden ein Scheinkonstitutionalismus erzeugt würde. Redner beruft sich dabei auf diejenigen deutschen Staaten, in welchen mehrjährige Budgetperioden bereits bestehen. Wären die Angriffe gegen die Vorlage gerechtfertigt, dann würde Niemand mehr bei zweijährigen Etatsperioden leiden, als die Verwaltung selbst. Auch die Behauptung, daß die Veranschlagung der Einnahme aus Zöllen und Steuern dadurch erschwert würde, könne er als zutreffend nicht anerkennen. Diese Veranschlagung sei gebunden an große Durchschnittsziffern. Jedes Ding habe allerdings zwei Seiten und sei er weit entfernt davon, die Mängel zweijähriger Etatsperioden in Zweifel zu ziehen. Aber daß es unmöglich sei, einen Etat mit Sicherheit für zwei Jahre aufzustellen, müsse er ganz entschieden in Abrede stellen. Die Hast bei Aufstellung neuer Bedürfnisse würde wegfallen; diese würden gründlicher geprüft werden. Die Regierung werde sparsamer wirthschaften; sie werde auf diesem Wege dazu gelangen, den Etat vorsichtiger aufzustellen, wie es sich für ein so großes Gemeinwesen geziemt.

Abg. Dr. Hänel bedauert die Abwesenheit des Herrn Reichskanzlers. Wenn der Ton sich dieser Vorlage gegenüber auf der Höhe erhalten könnte, wie es gestern und heute geschehen, dann habe die Volksvertretung bewiesen, daß sie ein hohes Maß von Langmuth und Enthaltsamkeit besitzt. Die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers wäre aber auch um deshalb durchaus nothwendig, weil er die ganze Verantwortlichkeit allein trägt. So lange der Satz wahr ist, daß sich ein kurzer Zeitraum leichter im Voraus übersehen läßt als ein längerer, so lange wird es unbestreitbar sein, daß ein Voranschlag sich möglichst wenig von dem Anfange des Finanzjahres entfernen darf. Das Recht der parlamentarischen Kontrolle unserer gesammten Staatsverwaltung ist nicht wirkungslos gewesen. Diese Kontrolle würde eine andere sein, wenn der Reichstag das Recht hat, das Budget alljährlich zu bewilligen. Eine Debatte, die es versuchen würde, dies zu verdunkeln, wäre eines Parlamentes gar nicht würdig. Es handelt sich hier einfach darum, ob wir einen schlechteren Zustand in Bezug auf dieses Finanzrecht annehmen sollen aus irgend welchen zutreffenden Gründen. Diese Frage kann nur entschieden werden unter dem Gesichtspunkte, welche anderweiten Vortheile gegenüber dem Verzichte auf schwerwiegende Rechte für den Reichstag erwachsen würden. Keiner der Vorredner hat auch nur annähernd genügende Gründe beigebracht, um diesen Verzicht zu rechtfertigen. Die Motive der Vorlage sind ebenfalls nicht entscheidend. Von konservativer Seite hat man versucht, die Apathie und Theilnahmlosigkeit gegen den parlamentarischen Apparat für die Vorlage geltend zu machen. Die aber erklären sich aus ganz anderen Motiven. Wenn das Volk sieht, daß heute Freihandel, morgen Schutzzoll, heute direkte, morgen indirekte Steuern, heute Gewerbeordnung, morgen Umkehr zur Zunft vom Reichskanzler als wahrhaft national, als wahrhaft patriotisch gepriesen wird, ist es dann da nicht begreiflich, wenn das Publikum sich vom Parlamentarismus abwendet? Die Argumente, daß man aus dieser Erscheinung zu zweijährigen Budgetperioden übergehen muß, passen wir die Faust auf's Auge. Was heute geschieht, ist dasselbe, was die konservative Partei wiederholt gegen die Verfassung und die verfassungsmäßigen Volksrechte unternommen hat. Es sollte das eben echt konservativ, echt monarchisch sein. Die konservative Partei geht eben von ganz anderen Grundanschauungen aus als die liberale Partei, und deshalb halte ich eine Koalition der Liberalen mit den Konservativen auf die Dauer für unmöglich. Anknüpfend an den Ausspruch des Herrn Reichskanzlers, man müsse zeitweise liberal, zeitweise diktatorisch regieren, führt dann Redner weiter aus, daß sich dieser Gesetzentwurf in der Richtung der diktatorischen Verwaltung bewegt. Dieses Gesetz entspreche nicht der nationalen Politik des Reichskanzlers, von welcher dieser behauptet, daß er sich jederzeit von ihr allein habe leiten lassen. Das Kaiserthum müsse sein Ansehen, seine monarchische Wirkung wesentlich darauf basiren, daß es in dem Reichstage seine Unterstützung findet. Wenn man das Kaiserthum lediglich der Organisation des Bundesrathes gegenüberstelle, dann könne man die Folgen davon nicht übersehen, die Sicherheit der nationalen Weiterbildung der Kräfte gerathe dabei in Gefahr. Das ist meine feste Ueberzeugung und darum sage ich, wenn der Herr Reichskanzler erklärt, die nationale Einigung der Nation sei sein eigentlicher Zielpunkt, sei die Magnetnadel, die ihn überall geleitet habe, — diese Magnetnadel des Herrn Reichskanzlers hat eine Ableitung erlitten durch kleinliche Gesichtspunkte, durch Voreingenommenheiten. Die Ablehnung dieser Vorlage ist nicht blos eine konstitutionelle Forderung, sondern vorzugsweise eine nationale, und deshalb bitte ich Sie, lehnen Sie dieselbe ab. (Lebhafter Beifall.)

Unterstaatssekretär Scholz wendet sich kurz gegen einige Behauptungen des Vorredners, während Geh. Ober-Finanzrath v. Schmidt (Bevollmächtigter für Würtemberg) mit großem Nachdruck für die Vorlage eintritt. Er weist mit Entschiedenheit die verdächtigende Behauptung zurück, als ob die verbündeten Regierungen bei der Vorlage von parlamentarischen Nebenrücksichten geleitet würden, oder daß, wie der Abg. Hänel angedeutet, ein Attentat auf die Autorität des Reichstages beabsichtigt würde. Eine solche Auffassung müsse er a limine zurückweisen. Es handelt sich, wie Redner des Weiteren ausführt, hier lediglich um die Herstellung eines Modus vivendi zwischen dem Reichstage und den Parlamenten der Einzelstaaten, welche eine Lebensfrage für den Parlamentarismus selbst sei.

Baierischer Bevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld erklärt ebenfalls, daß auch die baierische Regierung das in dieser Vorlage enthaltene Mittel allein für geeignet hält, die bestehenden Uebelstände für die Einzelstaaten zu beseitigen.

Abg. Dr. Windthorst wundert sich, daß die Liberalen, die doch im preußischen Abgeordnetenhause sehr bereit gewesen wären, Verfassungs-Bestimmungen der wichtigsten Art zu ändern, sich hier so sehr sperrten; es sei aber immer gut, wenn die Menschen sich bessern. Nun sei es ja richtig, daß man leichter zu Konzessionen an eine Regierung bereit sei, zu der man Vertrauen habe; er habe aber so lange kein Vertrauen, wie der kirchenpolitische Streit dauere. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn aber die Nationalliberalen durch ihre Kompromisse damals den Männern des Centrums die Hände und Füße gebunden hätten, so könnte es ihn doch nur sehr wundern, daß dieselben Nationalliberalen vom Centrum eine Energie verlangen, die sie selbst nie bewiesen haben (sehr gut), und daran habe noch keine Secession etwas geändert. (Große Heiterkeit.) Der preußische Landtag bedeute nach seiner Meinung mehr als der Reichstag (hört!), da ja das, was dort beschlossen sei, sicher gelte für 25 Millionen; daher beweise das Nebeneinandergehen zweier so bedeutender politischer Körperschaften gar nichts für die Exemplifizirung, die daraus für die anderen deutschen Staaten hergenommen sei. Er sei für eine gründliche Prüfung der Vorlage in einer Kommission, da erst gründlicher als bisher die Frage der Autorisation zur Einberufung des Reichstages geprüft werden müsse; diese Frage habe sehr viele delikate Berührungspunkte. Auch müsse die eigentlich jetzt vorliegende Absicht der Regierung genauer geprüft werden, ob diese lediglich auf seine, des Redners, 1876 schon ausgesprochene Absicht hinaus laufe, daß eine Konkurrenz der Parlamente am besten durch eine jährliche alternative Berufung vermieden werde; ob nicht etwa die Regierung meine, die alljährliche Berufung könne ja stehen bleiben, aber einen Reichstag, von dem sie nichts nöthig habe, könne man ja auch einmal überschlagen. Sollte aber der Reichstag wirklich alljährlich einberufen werden, so würde ja die Nothlage nicht aufgehoben, käme man aber alle Jahre zusammen, so könne man auch alle Jahre das Budget berathen. Einen Reichstag, der es nicht in seiner Macht habe, überhaupt eine bestimmte Zeit zusammen zu sein, wolle er überhaupt nicht, und die Möglichkeit, dies Zusammensein auf eine bestimmte Zeit für den Reichstag zu erzwingen, liege in der Berathung des Budgets. Nun müsse er aber auch gerade aus föderalistischen Gründen sich gegen die Ausführungen Lasker's und Bennigsen's wenden, die die im Reichstage liegende Unifikation so sehr betont hätten. Nun habe allerdings der Reichstag jedes Jahr ein Stück der Rechte der Einzelstaaten beseitigt und könne er (Redner) somit im föderativen Sinne sehr wohl für zweijähriges Zusammenkommen des Reichstages sein, doch sei dieser Grund durch die gestrige Erklärung des Staatssekretärs beseitigt; sonst hätte es ihm geschienen, als ob die Vorlage in gut föderalistischem Interesse eingebracht sei. Das ganze Uebel liege überhaupt darin, daß wir zu viele Gesetze hätten, und ein Gesetz, welches bestimmt, so und so viel Jahre darf keins mehr gemacht werden und eine ganze Menge von den bestehenden sind aufgehoben, wäre das beste, welches man erlassen könnte. (Heiterkeit.) Nun sei ja die Tendenz der Liberalen stets eine unitare gewesen und habe er deshalb mindestens gewünscht, daß in der Vorlage gesagt sei, der Bundesrath müsse mindestens alle Jahre zusammenkommen und hätte er erwartet, daß gerade der Gesandte Baierns über diesen Punkt eine bestimmtere Erklärung abgegeben hätte. Was die Verlängerung der Legislaturperioden angehe, so könne dieser Punkt von dem vorliegenden Gesetze abgetrennt und selbstständig ins Auge gefaßt werden, derselbe habe mancherlei für sich. Wir wählten in Deutschland unstreitig zu viel, und wenn das Resultat des nächsten Reichstages heute noch so zweifelhaft sei, so liege das ganz einfach daran, daß man nicht wisse, wie man die Wähler an die Urnen heranziehen solle. Jeder Wahltag gehe als Arbeitstag dem Volke verloren, dazu kämen noch die Vorversammlungen und die Aufregung nach der Wahl. Bei dreijährigen Legislaturperioden habe der Reichstag eigentlich nur ein Arbeitsjahr, denn im ersten Jahre ständen die Abgeordneten noch unter dem Wahlprogramm und im letzten müsse man sich schon wieder nach den neuen Wahlen umsehen, deshalb seien vierjährige Perioden sehr berücksichtigungswerth. Wenn man einen bestimmten Termin für Einberufung des Reichstages festsetze, etwa den 15. Oktober, so würden die Abgeordneten sich viel besser darauf einrichten können, die Arbeiten würden besser gefördert werden und dadurch würde der Konflikt beseitigt werden mit den Einzellandtagen, am meisten aber durch eine weise Beschränkung der Regierungen in den Vorlagen; wozu immer diese Masse von Vorlagen vorgelegt werde, lieber ein oder zwei ordentliche Gesetze. Er könne sich nur für eine gründliche kommissarische Berathung erklären und werde abwarten, was die Kommission vorlegen werde. (Beifall.)

Präsident v. Goßler: Er habe während der Rede des Vorredners das Gefühl gehabt, daß der von Letzterem gebrauchte Ausdruck „Staatsverbrecher" mit Bezug auf die liberalen Parteien nicht so hart gemeint gewesen sei; um jedoch keine Mißdeutung aufkommen zu lassen, bitte er den Vorredner, seine (des Präsidenten) Anschauung ausdrücklich zu bestätigen.

Abg. Dr. Windthorst: Er habe durchaus nicht eine mala fides der liberalen Parteien angenommen; die Herren handelten aus ihren Anschauungen heraus und daher muß ich die Folgen ihrer Handlungen bekämpfen.

Nachdem Staatssekretär v. Bötticher der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach der Kommissionsberathung der Abg. Windthorst seine reservirte Haltung aufgeben werde, wird ein Schlußantrag abgelehnt.

Abg. v. Kleist-Retzow: Ich muß zuerst bedauern, daß der Abg. Windthorst diesem Gesetze auch, wie er es stets thut, ein so großes Mißtrauen entgegenbringt; ohne Vertrauen giebt es überhaupt keine Gesetzgebung und kann es in keinem Lande ein gesundes politisches Verhältniß geben, und wenn der Vorredner heute noch Bedenken hat wegen der berechtigten Klagen, die er glaubt vorbringen zu können, nun, so wissen wir, daß diesen Klagen abgeholfen werden wird, und deshalb werden wir auch jetzt mit vollem Vertrauen für den Entwurf stimmen. Redner geht sodann auf seinen, von dem des Abg. v. Marschall etwas abweichenden Standpunkt ein; er erblickt für die Geschäftslage des Hauses eine ungeheure Hülfe in der nur zweijährigen Berathung des Etats und erinnert daran, daß diese spezialisirte Berathung, die heute der Etat erfahre, aus der als schädlich anerkannten Adreßdebatte entstanden sei. Wenn die Liberalen nun sagten, daß die Reichsvertretung etwas von ihren Rechten aufopfere, wenn sie nicht mehr alle Jahre den Etat berathen könne, so vergessen die Herren eben, daß wir in Deutschland eine ganz andere Gestaltung der politischen Dinge haben, als in anderen Staaten; sie vergessen den auf Centralisation und Decentralisation beruhenden Unterschied zwischen Staat und Reich und deshalb dürfen sie nicht schließen, daß das, was dem einzelnen Staate nothwendig sei, auch vom ganzen Reich nicht entbehrt werden könne. Auch sei in keinem Falle mehr die Macht des Partikularismus so groß, das Reich schädigen zu können, aber wenn man glaube, die Regierung sei das eigentliche Element der Einheit, so irre man sich, dieses sei das deutsche Kaiserthum; für die Würde des Reichstags komme es nicht auf Gesetze und Verfassungsbestimmungen an, sondern darauf, wie sich das Volk in die Sache hineingelebt habe. Wenn über Theilnahmlosigkeit und Antipathie des Volkes in politischen Dingen geklagt wird, über Apathie, so beruht dies auf der Masse des Parlamentarismus, auf der Menge der Wahlen, auf der Geringfügigkeit der Resultate, auf der Uebersättigung, die das Volk empfinde von dem Uebermaß des Parlamentarismus, ebenso wie man oft in einem guten Konzert übersättigt werde. Diesem abzuhelfen, sei der Grundgedanke der Vorlage, und weil dieser richtig sei, werde er mit seinen Freunden für die Vorlage stimmen, um der Landesverwaltung die Ruhe zu schaffen, von der das Wohl des Landes abhängt. Und wenn wir alle nun erkannt haben, daß wir das nur erreichen können, wenn wir uns selbst beschränken und zwingen, Maß zu halten, und wenn nun der einzige Weg dazu der ist, die Berathungen des Reichstages und preußischen Landtages jährlich alternativ zu machen, dann müssen Sie mit uns dieses Gesetz annehmen. (Beifall.)

Darauf wird der Schluß der Debatte angenommen und erhält nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dr. Lasker und Dr. Windthorst als Antragsteller der Abg. Rickert das Wort. Derselbe wiederholt die Einwendungen, die von liberaler Seite gegen den Entwurf erhoben worden und empfiehlt seinen Antrag als einziges Abhülfsmittel, hauptsächlich wendet der Redner seine Angriffe gegen den königl. würtembergischen Bevollmächtigten v. Schmid.

Dieser weist darauf die Rickert'schen Angriffe unter der Ausführung zurück, daß die königl. würtembergische Regierung sich lediglich innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Kompetenz in dieser Frage gehalten habe.

Die nunmehr folgende Abstimmung über den Antrag Stumm (Ueberweisung an eine Kommission) bleibt zweifelhaft. Die erfolgende Auszählung des Hauses ergiebt die Beschlußunfähigkeit desselben, da nur 190 Abgeordnete anwesend waren; von diesen stimmten 95 für, 95 gegen die Ueberweisung.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Wiederholung dieser Abstimmung, Denkschrift über das Münzgesetz.

Schluß 4¾ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 9. März. Bezüglich der Katastrophe

uf Ischia erhält die „Nat.-Ztg." folgende Zuschrift:

Gestern Nachmittag um 1 Uhr ist Casamicciola, Ischia's weltberühmter Kurort, durch zwei Erdstöße zur Hälfte in einen Schutthaufen verwandelt worden. Mehrere hundert Häuser sind dem Boden gleichgemacht, ebensoviele drohen den Einsturz und müssen völlig niedergerissen werden. Als ich heute Mittag hinüberfuhr, waren bereits 90 Leichen aus dem Schutt hervorgezogen, einige hundert Verwundete liegen in Hospitälern und Privathäusern nothdürftig untergebracht, — noch bergen die Trümmerhaufen viele Leichen, wohl noch manchen Lebenden; in meinem Beisein wurden drei Kinderleichen und eine schwer verwundete, aber noch lebende Frau hervorgezogen.

Das Unglück ist so groß und der Gedanke an die Tausende und aber Tausende, welche, wie Sie und ich auch auf der wunderschönen Insel so glückliche und frohe Tage verbracht haben, so naheliegend, daß ich keinen Augenblick zögere, die Bitte um Beisteuer zur Linderung des Elends durch Ihr Blatt an Alle gelangen zu lassen, denen die Namen Ischia und Casamicciola das Bild der grünen Insel und all der sonnigen Schönheit vor die Erinnerung zaubern und die zugleich das sophokleische Wort beherzigen:

„Denn wer des Guten, das er einst genossen, nicht gedenkt,
„Der scheint mir fürwahr kein edler Mensch zu sein."

Ich füge noch hinzu, daß ich gern bereit bin, jede Gabe, die mir zugeht, an diejenige Instanz zu befördern, welcher die Vertheilung an die Hilfsbedürftigen obliegt. Neapel. Zoologische Station, 5. März 1881. Prof. Anton Dohrn.

— Der hiesige Magistrat beabsichtigt an den Reichstag eine Petition zu richten, daß der vom Fürsten Bismarck eingebrachte Gesetzentwurf betr. die Miethsbesteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten nicht angenommen werde. In der Begründung der Petition sollen die vom Reichskanzler vorgebrachten Beweggründe zu der Gesetzesvorlage in sachlicher Weise ihre Widerlegung finden. Die Petition soll in der nächsten Sitzung des Magistrats festgestellt werden.

Offenbach, 9. März. Den heutigen Begräbnißfeierlichkeiten für den verstorbenen Prinzen Georg von Hessen im Schlosse Rumpenheim wohnten der Großherzog von Hessen, die Prinzen Alexander und Heinrich von Hessen, die landgräflich hessische Familie, Prinz Georg von Mecklenburg, sowie viele höhere Militär-Personen bei. Die meisten Höfe waren durch Abgesandte vertreten.

Ausland.

Paris, 9. März, Ab. („B. T.") Wie schon kurz gemeldet, wüthet ein furchtbares Feuer in dem weltbekannten „Magasin du Printemps". Die „Magasins du Printemps", der zierlichste der Pariser Kolosse dieser Art, ist jetzt ein Trümmerhaufen. Das Feuer brach um 5 Uhr Morgens aus, es heißt, in Folge einer Gasentweichung. Bald stand der riesige sechsstöckige Palast in Flammen. Nichts konnte gerettet werden, ausgenommen das Leben von zweihundert Angestellten, die in den Mansarden schliefen. Man ließ die Halbnackten an Stricken und Leitern herab. In diesem Augenblicke brennt noch der Dachstuhl. Das Innere des Palastes ist eine Hölle, in welche die Dampfspritzen unabläßig dicke Wasserstrahlen senden. Durch Rauch und Wasserdampf blinken die reichen goldenen Zierrathen der Mauern und der hohlen Fenster. Drei Pompiers und zwei Beamte sind verunglückt. Der Schaden wird auf zwölf Millionen Franks geschätzt, wovon fünf Millionen durch Versicherung gedeckt sind. Nur das Haus war versichert, die Waare aber nicht, deren Quantität im Saisonbeginn enorm war. Der „Printemps" machte täglich für hunderttausend Franks Geschäfte. Die Feuerwehr beschränkt sich auf die Lokalisirung des Feuers. Noch immer stürzen Plafonds ein. Die anstoßenden Boulevards und Straßen sind raucherfüllt und gedrängt voll von Hunderttausenden von Zuschauern. Der Verkehr für Omnibus und Tramway ist unterbrochen.

Halb Paris umsteht die Brandstätte. Zeitungsverkäufer eilen mit betäubendem Geschrei von Gruppe zu Gruppe. Gespenstisch überragt die dampfende Ruine die unzählbare dunkle Menge. Noch zucken Flammen um die Reste des Dachstuhls und wie Wetterleuchten dringt der Schein des im Innern noch immer wüthenden Feuers aus den Fensterhöhlen. Wie am Morgen schleudern die Dampfspritzen endlose Strahlen in die Gluth. Es wird mindestens noch die ganze Nacht brennen. Der Muth des Eigenthümers ist aber ungebeugt. Am ersten November, heißt es, wird das „Magazin du printemps" wieder eröffnet. Die Pompiers waren heroisch. Der größte Fehler war, daß das Wasser aus einer Entfernung von vierhundert Metern herbeigepumpt werden mußte, so daß die Strahlen nicht hoch genug gingen. Der Brandgeruch war auf zwei Kilometer im Umkreis zu merken. Achthundert Angestellte werden brodlos.

Im „Printemps" wurden nur einige Kassen gerettet. Viel Geld und die ganze Korrespondenz ist verbrannt. Der Eigenthümer rettete nicht einmal seine Kleider und seine Taschenuhr. Allgemein wird geklagt, die Löschvorkehrungen seien höchst mangelhaft, sonst wäre Vieles gerettet; aber der Pariser Stadtrath treibt hohe Politik, anstatt sich um gemeinnützige kommunale Angelegenheiten zu kümmern. Die verkohlten Mauern drohen einzustürzen.

Der Ministerpräsident Ferry erklärte der Kommission zur Vorberathung des Antrages Lardour, betreffend die Wiedereinführung des Listenskrutiniums, daß die Regierung in keiner Weise bei der Berathung interveniren werde und nicht beabsichtige, die Kabinetsfrage zu stellen.

Rom, 9. März. Heute begann die deutsche Kunstausstellung im deutschen Botschaftspalais Caffarelli, etwa hundert Bilder und dreißig Skulpturen sind ausgestellt.

Der ministerielle „Capitan Fracassa" meldet: Der Kronprinz von Deutschland schickte durch Prinz Amadeus anläßlich der Hochzeitsreise desselben nach Berlin einen eigenhändigen Brief an den König Humbert, worin die herzlichen Beziehungen beider Familien und beider Nationen nachdrücklichst mit Genugthuung betont werden.

Ein neuer Erdstoß hat die Stadt Foria auf der Insel Ischia heimgesucht und zerstörte daselbst u. A. die Villa Maltese.

Der „Diritto" meldet, daß zum 14. März, dem Geburtstage des Königs, ein Senatorenschub von 40 Personen bevorstehe, darunter 15 Deputirte.

Provinzielles.

Stettin, 10. März. Der Major a. D. Bernh. v. Ramin auf Schwedt bei Colberg, der Rittergutsbesitzer Alex. v. d. Osten auf Blumberg bei Casekow und der Landrath Curt v. Dewitz zu Dramburg sind zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens ernannt.

— In Flensburg wird am 10. März d. J. mit einer Seesteuermannsprüfung begonnen werden.

— Das Eis im ganzen städtischen Hafengebiete ist durch das anhaltende Thauwetter nicht mehr für die öffentliche Passage sicher und ist vor dem Betreten desselben zu warnen. Gestern Mittag brach ein mit 2 Hunden bespannter Schlitten, obwohl derselbe nur mit 2 leeren Fässern beladen war, vor dem Dunzig ein.

— Im Staate Arkansas (Nordamerika) unweit Sittle-Rock ist von katholischen Geistlichen eine katholische Kolonie, die sogen. St. Josephs-Kolonie, gegründet worden. Zuverlässigen Nachrichten zufolge hat, wie die meisten solcher und ähnlicher Gründungen, auch diese Kolonie es nur darauf abgesehen, Einwanderir durch falsche Anpreisungen anzulocken, während thatsächlich die Lage der getäuschten Einwanderer eine äußerst traurige ist. In neuester Zeit hat ein preußischer Ansiedler nach einjährigem Aufenthalte unter Zurücklassung seiner ganzen Habe die Kolonie verlassen müssen und befindet sich jetzt auf der Rückreise nach der Heimath in St. Louis in hülfsbedürftigem Zustand. Es Es erscheint hiernach angezeigt, etwaigen Agitationen zur Anwerbung von Auswanderern für die gedachte Kolonie thunlichst vorzubeugen.

— Die Empfangsgebäude auf den Stationen der hinterpommerschen Bahn, auf welchen bisher besondere Bahnhofsrestaurateure nicht thätig gewesen sind und die Stationsvorstände gleichzeitig den Restaurationsbetrieb in der Hand hatten, werden, wie die „Danz. Ztg." meldet, sämmtlich bauliche Veränderungen erfahren, bei denen es gilt, durch Um- oder Anbauten Wohnungen und Wirthschaftsräume für Bahnhofsrestaurateure zu gewinnen.

— Jul. Wolff's Dichtung „Der Rattenfänger von Hameln" enthält ein frisches Studenten-Trinklied, das zu komponiren der Opernkomponist Neßler aus irgend welchem Grunde unterlassen hat, das aber von Manchem gern beim vollen Glase gesungen werden möchte. Die so eben erschienene Komposition für eine Singstimme mit Klavierbegleitung von Robert Lakitt hat mit Glück dieses Lied für frohe Zecher sangbar gemacht und verdient in vollem Maße unsere Empfehlung. Sie ist bereits in hiesigen Buchhandlungen käuflich zu haben.

— Von dem Hausflur Königsplatz Nr. 3 wurde gestern eine Wassertrage und eine Kanne mit Milch gestohlen.

— Der obdachlose Schuhmacher Fr. Herm. Busse zerschlug muthwillig in vergangener Nacht in dem Hause Pelzerstraße 5 zwei Fensterscheiben und wurde deshalb verhaftet.

— Am Abend des 7. d. M. kam der arbeitslose Korbmachergeselle Ed. Hegenberger aus Wittenberg in Sachsen in die Wohnung des Korbmachers Schulze, Zabelsdorferstraße Nr. 25, und erhielt dort Nachtquartier; er belohnte dies jedoch schlecht, denn am nächsten Morgen verließ er die Wohnung und nahm die 12jährige Tochter Emma der Schulze'schen Eheleute mit sich. Das Kind, von welchem bis jetzt keine Spur entdeckt, ist von schwächlicher Statur, hat blondes Haar, blasse Gesichtsfarbe und war bekleidet mit grünwollenem Rock, mit schwarzer Taille und schwarzem Baschlick. Ihr Entführer ist ca. 27 Jahre alt, von mittlerer Statur, trägt kleinen schwarzen Schnurrbart und Backenbart, blonde Haupthaare, ist bekleidet mit schwarzem Jaquet und Hose und spricht sächsischen Dialekt.

— Das Militär-Musterungsgeschäft geht meist nicht ohne unliebsame Störungen vorüber, da viele Stellungspflichtige es sich nicht nehmen lassen, bei dieser Gelegenheit des Guten zu viel zu thun und dann in trunkenem Zustande derartige Ruhestörungen veranlassen, daß sie mit den aufsichtsführenden Beamten in Konflikt gerathen. So verursachte auch gestern der Arbeiter Herm. Zöllner sowohl im Musterungslokal wie auf der Straße vor demselben einen derartigen Skandal, daß seine Verhaftung vorgenommen werden mußte; er widersetzte sich derselben jedoch so energisch, daß es erst nachdem er gebunden worden war, gelang, ihn mittelst Handkarrens nach der Kustodie zu schaffen.

— (Zur Fischerei-Ausstellung in Greifswald vom 11. bis 15. März 1881.) Der bis zum 3. März verlängerte Anmeldetermin hat noch recht gute Folgen gehabt. Die Fürstliche Domainen-Direktion zu Putbus wird sich mit Netzen, Reusen, Modellen 2c. an der Ausstellung betheiligen. Hervorragende Netzfabriken und andere Gewerbetreibende haben noch telegraphisch ihr Zusagen gemacht und aus Dänemark sind uns Modellfische auf Eis annoncirt worden. Beglückwünscht von Koryphäen in der Fischzucht und erfreut über solche Betheiligung, könnten wir fast das Wort „international" in unseren Bericht einfließen lassen, da ja Aussteller aus der Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen vertreten sein werden. — Herr Heinrich Meyer aus Christiania, Aussteller von Dorsch und Medizinthran, hat seine beschwerliche Reise durch die Nordsee zurückgelegt, weilt seit einigen Tagen in Berlin und hat hier bereits Wohnung bestellt. Der Anbau für die lebenden Fische, todte, aber frische Fische, Aquarien 2c. steht fertig da. Wegen des eingetretenen kalten Wetters ist für die nothwendige Erwärmung gesorgt, damit die Wasserleitung in Funktion bleibt.

Von Fachmännern ist dem Ausstellungs-Komitee mit dankenswerther Bereitwilligkeit für die Aufstellung und die Gruppirung der Objekte vollkommene Unterstützung zugesagt worden. Wir sind auch nach dieser Richtung sehr gut bedacht.

Schon vor dem 6. März sind aus dem Auslande und auch aus der Nähe eine größere Anzahl Kisten mit Ausstellungs-Objekten eingegangen, so daß mit der Aufstellung rechtzeitig begonnen werden kann.

In Anbetracht der für unsere Verhältnisse großartigen Anmeldungen hat das Ausstellungs-Komitee beschlossen, diese, sicheren Anzeichen nach, recht gelungene Ausstellung über die bisher festgesetzte Zeit, den 11., 12. und 13. März, noch um zwei Tage zu verlängern. Selbstverständlich setzt hierbei das Komitee die Zustimmung der Aussteller voraus, da eine solche Verlängerung nur die Zwecke der Ausstellung nach jeder Richtung fördern kann. Die Fischerei-Ausstellung wird also Freitag, den 11. März, geöffnet und am Dienstag, den 15. März, geschlossen werden. Als Preisrichter werden fungiren die Herren: 1. Amtsberg, Königl. Oekonomierath, Stralsund, 2. Dr. Gerstaecker, Professor, Direktor des zoologischen Museums der Universität, Greifswald, 3. Ludwig Holtz, Rentier, Greifswald, 4. Otto Jakob, Fischermeister, Stettin, 5. Königl. Ober-Fischmeister Jeeserich, Stralsund, 6. als Stellvertreter: W. Gaude, Kaufmann, Greifswald.

Die feierliche Eröffnung der Ausstellung findet am 11. März, Vormittags $10\frac{1}{4}$ Uhr, durch den Ehren-Präsidenten der Ausstellung, Herrn Geh. Regierungsrath, Professor Dr. Baumstark, statt. Dazu sind die Spitzen der hohen Staatsbehörden, der Kreis-Ausschüsse und der städtischen Behörden in Neuvorpommern und Rügen, der landwirthschaftlichen Haupt- und Zweig-Vereine und hervorragende Privatpersonen eingeladen worden.

Glück auf denn zu solchem Beginnen! Möge auch die 3. Greifswalder Fischerei-Ausstellung dem ferneren Wohlwollen der Fischereifreunde, der Fischerei und Gewerbetreibenden für die Tage des Besuchs empfohlen sein. Alles Uebrige im Inseratentheile dieser Zeitung.

— Ein am 25. Februar ausgestellter und von Herrn Hellmuth Kolterjahn in Cöslin zur Zahlung am 25. Mai angenommener Wechsel über 976 M. 65 Pf., sowie der Begleitbrief dazu sind am Bestimmungsort nicht eingetroffen. Um Mißbrauch zu verhüten, wird vor dem Ankauf des Wechsels gewarnt, resp. gebeten, denselben anzuhalten und dem Acceptanten Nachricht zu geben.

§ **Zempelburg**, 9. März. Der hier stationirte k. Gendarm bemerkte neulich auf seiner Heimreise, während es schon ziemlich dunkel war, einen neben dem Wege bei Tobola-Mühle wankenden Gegenstand und fand bei näherer Prüfung der Sache, daß ein mit Steinkohlen beladener Wagen dort umgestürzt war, dessen Lenker mit zerschmetterten Gliedern unter der Last nur noch leise wimmerte. Es war dem Beamten absolut unmöglich, sofort Rettung zu schaffen, deshalb ritt er im schnellsten Trabe nach dem Dorfe und requirirte Hülfe; diese aber kam leider zu spät, denn der Fuhrmann, ein blutarmer Familienvater aus Gr.-Klonia, hatte inzwischen sein Leben ausgehaucht. Wäre das Gespann bergab weiter gerollt, so wären die 4 herrlichen Pferde des betreffenden Gutsbesitzers, dem dasselbe gehörte, in dem nahen Flusse sicher ertrunken. Der unglückliche Rosselenker, auch etwas berauscht, soll unterwegs eingeschlafen sein, deshalb waren die Pferde vom Wege abgekommen.

(Eingesandt.)

Seitens unserer städtischen Behörden ist beschlossen worden, den Zinsfuß der Stadtanleihen von $4\frac{1}{2}$ pCt. auf 4 pCt. herabzusetzen. Diese Maßregel muß durchaus als berechtigt erscheinen, wenn man bedenkt, daß die Reichsbank Geld in großen Summen willig zu 2 pCt. hergiebt, und der große Geldüberfluß bereitwilligst bei Bankiers oder bei Aktiengesellschaften ohne jede weitere Gewährleistung zu 2 pCt. oder bei der Reichsbank ohne jede Zinsvergütung niedergelegt wird.

Es dürfte nun wohl an der Zeit sein, daß die Hausbesitzer Stettins auch ernstlich mit der Konvertirung ihrer Hypotheken-Anleihen, soweit solche pupillarisch sicher sind, auf 4 pCt. vorgehen. Etwas Sichereres, wie pupillarische Eintragungen auf Häuser in den älteren Stadttheilen Stettins, giebt es nicht, und ist ein höherer Zinsfuß wie 4 pCt. ganz und gar nicht zu rechtfertigen. Es kann daher den betreffenden Hausbesitzern nur gerathen werden, die Herabsetzung des Zinsfußes anzustreben; der Erfolg ist durchaus zweifellos.

S. R.

Vermischtes.

— (Sonderbare Wette.) Die „Kronstädter Ztg." schreibt: „Dieser Tage wurde in einer lustigen Gesellschaft so manches Kuriosum zur Sprache gebracht, unter Anderem stellte ein Herr den Antrag, er wolle wetten, daß, wenn er aus seiner Wohnung beim offenen Fenster hinausrufen würde: „Sie Esel", sich Jemand melden würde. Gesagt, gethan, die Wettenden mit noch einigen Zeugen begeben sich in die Wohnung des betreffenden Herrn, dieser öffnet das Fenster und ruft ohne Weiteres mit ganz lauter Stimme: „Sie Esel," worauf er gleich das Fenster schließt. Es dauerte einige Minuten und man hörte eilige Schritte. Alles in größter Spannung, als geklopft wird und ein elegant gekleideter Herr mit Zwicker und Cylinder mit der Frage eintritt, ob man von hier ihm einen Esel nachgerufen hätte. Natürlich verleugneten die das Lachen kaum verhalten könnenden Herren die Sache, und nachdem sich der fremde Herr noch entschuldigt hatte, die anscheinend ernst beschäftigte Gesellschaft gestört zu haben, wurde der Wetteeinsatz, der einige Liter Wein betrug, sofort vertilgt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 9. März. Das Herrenhaus stellte den Artikel 5 des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Termine bei dem Reklamationsverfahren in Grundsteuersachen in der vom Finanzminister befürworteten Fassung des Abgeordnetenhauses bei namentlicher Abstimmung mit 51 gegen 44 Stimmen wieder her. Sodann wurde die Kommission für das Unterrichtsgesetz nach der von den Fraktionen des Hauses vereinbarten Kompromißliste gewählt.

Paris, 9. März. Das Innere des durch eine Feuersbrunst heimgesuchten „Magasin au printemps" brach gegen $10\frac{1}{2}$ Vormittags in sich zusammen, die äußeren Mauern drohen dem Einsturz, viele Spritzen, darunter zwei Dampfspritzen, sind fortdauernd mit dem Löschen des Feuers beschäftigt, mehrere Personen sind verwundet. Das Feuer griff so rasch um sich, daß der Geschäftsinhaber mit seiner Familie und seine Leute kaum Zeit hatten, ihr Leben zu retten.

Paris, 9. März. In der Enfide-Angelegenheit wird von der Marseiller Gesellschaft eine Denkschrift mit Belagstücken veröffentlicht, durch welche nachgewiesen wird, daß der Verkauf der Güter Kheredine's in vollständiger Regelmäßigkeit vor sich gegangen sei. Tunesische Ränke hätten schließlich zu der Intervention Levy's geführt, um England für die Sache zu interessiren und einen diplomatischen Konflikt herbeizuführen, sowie um die Erwerber vor einen tunesischen Gerichtshof zu ziehen und sie zu berauben. Die Denkschrift enthält einen Brief Moses Levy's, Mitgliedes der internationalen Finanz-Kommission in Tunis, an seinen Bruder, in welchem er dem Letzteren vorwirft, daß er sich mit dem tunesischen General Benayet verständigt und daß dieser ihm 200,000 Francs zugesichert habe, wenn er sich verpflichte, der Marseiller Gesellschaft Opposition zu machen. In der Denkschrift wird endlich der Nachweis geführt, daß die Enfida-Frage sich thatsächlich zwischen der Regierung des Bey von Tunis und den französischen Erwerbern und nicht zwischen den französischen Erwerbern und einem englischen Staatsangehörigen abspiele. Es sei eine einfache Kriegstaktik, wenn man eine gehässige Beraubung unter dem Schutze der englischen Fahne auszuführen versuche. Die öffentliche Meinung Frankreichs frage sich, was Frankreich thun werde, um den seinen Landesangehörigen in Tunis zugefügten Benachtheiligungen ein Ziel zu setzen.

Brüssel, 9. März. In der Sitzung der Kammer erklärte der Minister des Auswärtigen, Frere-Orban, bei der Berathung des Budgets des Kriegsministeriums auf eine Anfrage wegen angeblicher Befestigungen an der Maas, daß die Regierung bei dem im Jahre 1859 beschlossenen Vertheidigungssystem verbleiben werde und nicht beabsichtige, an der Maas Befestigungen ausführen zu lassen.

London, 9. März. Unterhaus. Der Antrag Gladstone's, falls die Spezialberathung der irischen Waffenbill heute bis 3 Uhr nicht zu Ende geführt sein sollte, über alle noch ausstehenden Artikel ohne Debatte abzustimmen, wurde mit 253 gegen 17 Stimmen angenommen.

London, 9. März. Unterhaus. Die Spezialberathung der irischen Waffenbill wurde um $5\frac{3}{4}$ Uhr beendet. Die Abstimmungen über die um 3 Uhr noch unerledigt gewesenen Artikel haben somit $2\frac{3}{4}$ Stunden in Anspruch genommen.

London, 9. März. Hier eingegangene Nachrichten aus Elmina vom 18. Februar melden, der König der Aschantis habe die Drohungen seiner Abgesandten gegen den Gouverneur von Cap Coast Castle desavouirt und erklärt, daß er ein Freund der Engländer sei und keine Absicht habe, denselben den Krieg zu erklären.

London, 9. März. (B. T.) Ich erfahre, daß die Friedens-Präliminarien mit den Transvaal-Bauern schon abgeschlossen wurden. Dieselben sichern Amnestie allen am Kriege Betheiligten und Einsetzung einer Kommission über alle von den Boers gestellten Forderungen zu.

Newyork, 9. März. Hier eingegangenen Nachrichten aus Mexiko zufolge hat das Komitee für die mexikanische Nationalschuld beschlossen, der Regierung vorzuschlagen, 145,000,000 Doll. der Schuld anzuerkennen und in 3prozentigen Obligationen zu konsolidiren. Letztere sollen gegen die alten Obligationen umgetauscht und bei dem Ankauf von Staats-Ländereien in Zahlung gegeben werden können.